



## Antrag

der Abgeordneten **Volker Bauer, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Gerhard Eck, Alexander Flierl, Dr. Petra Loibl, Hans Ritt, Klaus Steiner, Martin Wagle (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Statt Sekundärziele, Paniksprech und Konflikt: effektive Forstförderung auf Bundesebene fortsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird über die Anträge auf Drs. 18/23617 bis 18/23620 („Holzheizen I - IV“) hinausgehend dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

- dass die von der damaligen Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner für den Zeitraum 2019 - 2023 auf den Weg gebrachte Förderung der Forstwirtschaft in Deutschland den vielfältigen Ansprüchen und Herausforderungen an Forst und Forstwirte entsprechend verlängert wird,
- dass der Anteil der Förderung, der über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ins Waldland Bayern fließt, nicht abnimmt. Vorrangig soll der Bund die Wald-Förderprogramme der Länder unterstützen anstatt konkurrierende Förderprogramme mit inhaltlichen Überschneidungen aufzusetzen.

### **Begründung:**

Anfang Oktober treffen sich auf Einladung des GEO-Magazins und der Waldakademie Wohlleben viele Vertreter des linksgrünen Spektrums, für die Nachhaltigkeit in und durch Bewirtschaftung unserer Wälder ein nicht verständliches Konzept ist. Die PR-Maschine gegen Holz als erneuerbare Energie wird in Berlin weitergedreht, wie die Teilnahme von Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke und des Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt.

In der Vergangenheit wurden bei Nationalen Waldgipfeln der Bundesregierung dagegen weitsichtige Förderungen auf den Weg gebracht – 2019 etwa die in Bayern durch das waldbauliche Förderprogramm (WaldFöPr) umgesetzte 100 Mio.-Euro-Förderung im Kontext des Waldumbaus. Seither konnten in Bayern Maßnahmen der Neu- und Wiederaufforstung, der Schadholzverwertung etc. zum Teil bis zu 90 Prozent gefördert werden. So geht Waldumbau, so geht Maßnahmen gegen den Klimawandel und für eine regionale Baustoff- und Energieversorgung mit den Menschen! Dies gilt es fortzusetzen.

Die Bundesregierung bekennt sich zwar zu den CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen aus Fit for 2055. Ihre Politik erscheint jedoch, ebenso wie manche Zielsetzung der Ampelparteien auf EU-Ebene geeignet, im Agieren gegen eine wirtschaftlich tragfähige und darin nachhaltige Forstbewirtschaftung sichernde Forstwirtschaft sowohl die Klimaziele im Energiesektor als auch gelingende Naturschutzarbeit mit den Menschen im ländlichen Raum zu schädigen.

Zur Einordnung: Der Wald in Deutschland wächst! Allein das Holz, das in deutschen Wäldern jährlich ungenutzt zuwächst (38 Prozent) entspricht einem jährlichen Heizöl-äquivalent von 50 000 000 Litern Heizöl – wenn man negativ annimmt, es handle sich nur um Fichten. Allein die Wälder im Freistaat speichern pro Jahr 27 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> und die Haushalte, die in Bayern zu mehr als einem Drittel mit Holz heizen, weisen verglichen mit anderen Heizarten 9- bis 14-fach niedrigere CO<sub>2</sub>-Äquivalente auf. Diese Leistungen dürfen nicht durch eine Politik gegen den ländlichen Raum von Kaskadennutzung bis Feinstaub-Manie wider vorliegende Luftwerte gefährdet werden – egal welche romantische Novelle Wohlleben und Co. auf dem Podium verlesen. Auch 2023 fortfolgend muss, vor allem für eine grün-liberale Regierung gelten, was die ehemalige Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner 2019 formulierte: „Wenn wir CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Preis geben, dann müssen wir umgekehrt auch diejenigen unterstützen, die unseren Wald als maßgeblichen Klimaschützer erhalten, pflegen und bewirtschaften.“

Die Staatsregierung geht 2022 mit Holzbauförderung in Höhe von 500 Euro je gebundener Tonne CO<sub>2</sub> (max. 200.000 Euro) zur Entlastung von Klima und Bauherren sowie der Stärkung des Holzabsatzes (vgl. auch anfallende Pellets und Preise) vorweg. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch eine Verlängerung der Förderung privater und kommunaler Forstbesitzer auf (mindestens) bisherigem Niveau zu folgen, statt Panikpropheten Plattformen zu bieten und den notwendigen und oft herausfordernden Stakeholder-Dialog im Wald politisch zu vergiften.